

Neujahrsempfang der Erzdiözese München und Freising

20. Januar 2006

Ansprache des Vorsitzenden des Diözesanrats,

Prof. Dr. Alois Baumgartner

Anrede,

Für den Diözesanrat der Katholiken in der Erzdiözese München und Freising darf ich Ihnen allen die besten Wünsche für ein gesegnetes Jahr überbringen. Es drängt mich - und ich weiß, dass ich hier für viele spreche -, unserem Erzbischof für dieses Jahr, das einige große Ereignisse mit sich bringen wird wie die Wiedereröffnung seiner Titelkirche Santo Stefano Rotondo in Rom, die Wiedereröffnung des renovierten Doms zu Freising und natürlich den Besuch des Papstes, Gesundheit und Kraft zu wünschen. Herr Kardinal, ich möchte meinen Wunsch mit dem Dank verbinden. Wir sind froh, dass wir Sie haben. Wir wissen Ihre integrative Kraft zu schätzen, und nicht zuletzt auch das Vertrauen und Wohlwollen, das Sie den ehrenamtlichen Mitarbeitern in der Kirche so selbstverständlich entgegenbringen. Das hat unter anderem auch zur Konsequenz, dass selbst bei so trockenen rechtlichen Materien wie Satzungen, die Sie im vergangenen Jahr für Pfarrgemeinderäte und Diözesanrat in Kraft gesetzt haben, niemand auch nur auf die Idee kommen kann, das Recht gehöre der Misstrauensordnung an.

Ich möchte noch einen weiteren besonderen Gruß aussprechen: an Sie Frau Dr. Burkert. Sie haben nach zwölf Jahren, mit derselben zurückhaltenden Noblesse, mit der Sie als Bürgermeisterin in München gewirkt haben, das Amt an Ihre Nachfolgerin, Frau Strobl, übergeben. Sie sind, wenn ich das so bemerken darf, nicht bei den Galaveranstaltungen, deren es in München viele gibt, hervorgetreten; Ihr Platz war bei den einfachen Leuten mit ihren alltäglichen Problemen. Wir verwenden, in unausrottbaren patriarchalischen Denkformen verhaftet, den Begriff „Stadtväter“. Das Wort „Stadtmütter“ würden die Kommunalpolitikerinnen selbst nie in den Mund nehmen. Bei Frau Dr. Burkert hätte es aber doch einen tiefen Sinn. Dass Sie dazu noch der katholischen Laienarbeit verbunden sind und auch künftig im Katholikenrat der

Region München ehrenamtlich mitarbeiten wollen, darauf sind stolz und dafür sind wir dankbar.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns zu Beginn des Jahres Segenswünsche zusprechen, tun wir auch das, was die Sternsinger alljährlich zum Ausdruck bringen, wenn sie das „Christus mansionem benedicat“ an die Türen unserer Häuser schreiben. Mansionem, mansio bedeutet ja soviel wie Bleibe. Es meint jene Orte und Gemeinschaften, in denen wir leben. Und so wollen wir heute in großen unsichtbaren Lettern das Christus mansionem benedicat auch über die Stadt- und Marktplätze, an die Werkstore und an die Pforten der Schulen und Universitäten schreiben. Ein solcher Segenswunsch ist nicht eine wohlfeile fromme Floskel, wie man sie bei einem Neujahrsempfang, und zumal einem kirchlichen, erwartet. Er ist letztlich Ausdruck einer Überzeugung, dass das Gelingen unserer Vorhaben, dass ein stimmiges Leben und Gemeinschaftsleben nicht allein von unseren Anstrengungen abhängen - aber doch unser Zutun voraussetzen.

Gemeinschaften leben wesentlich daraus, dass ihre Mitglieder sich mit ihnen identifizieren; dass sie sagen, das ist *unser* Staat, *unsere* Stadt; das ist *meine* Pfarrei, *meine* Universität, *meine* Firma. Diese Identifikation ist die Basis und zugleich schon der erste Schritt zur Solidarität, zur Mitsorge und zum Einbringen der eigenen Potenziale.

Wenn im März in unserem Bistum die Pfarrgemeinderatswahlen anstehen und sicher wieder mehr als 10.000 Frauen und Männer kandidieren, dann dürfen wir die Bereitschaft so vieler als Zeichen für den Reichtum der kirchlichen Gemeinschaft betrachten.

Solche Solidarität braucht Ermutigung und Anreize; vor allem - das Anreizsystem darf nicht in die falsche Richtung, in die Richtung der Selbstgenügsamkeit und des ausschließlichen Selbstversorgertums weisen. - Lassen Sie mich ein Beispiel nennen.

Wenn wir demnächst - wir, das sind Pfarrei und Trachtenverband - zur Maiwallfahrt zur Marienkapelle im Staatsforst gehen werden, müssen wir mit einer Gebühr für die Nutzung des Waldes rechnen. Warum? Der Staat in Gestalt seiner neuen Anstalt „Bayerische Staatsforsten“ versteht sich jetzt als Unternehmen, und den Bürger als zahlungspflichtigen Nutzer. - Man möchte hoffen, dass dies nicht Schule macht. Ansonsten tritt der Staat in allen noch nicht privatisierten Bereichen der Daseinsvorsorge als Dienstleister auf und macht den Bürger - kontraproduktiv für die erwünschte Identifikation - zum distanzierten Kunden. Kunden aber sind anspruchsvoll. Wir können doch nicht allen Ernstes die in unserer Gesellschaft grassierende Anspruchsmentalität geißeln und zugleich eine Kundenmentalität fördern.

Das Beispiel ist mehr als eine Marginalie oder Stoff für das Bauerntheater, sondern Ausdruck einer sehr bedenklichen Entwicklung, die mit der Ökonomisierung der nicht-ökonomischen Gesellschaftsbereiche einhergeht. Zunehmend werden die Aufgaben von öffentlichem Interesse dem Schema des Wirtschafts-Unternehmens unterworfen. Am signifikantesten zeigt sich dies im Gesundheitswesen. Die Arztpraxis ist - unseren alten Hausarzt hätte es bei dieser Vorstellung geschüttelt - unter der Hand zum mittelständischen Produzenten und Anbieter bestimmter Dienste geworden; der Patient zum Kunden. Das berührt das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient fundamental. Die Kundeneinstellung schlägt auch negativ durch auf die Krankenversicherung, die nicht mehr als Solidargemeinschaft der Versicherten wahrgenommen wird, sondern der Nutzenmaximierung des Einzelnen unterworfen wird.

Das Pflegeheim wird nach diesem Paradigmenwechsel nicht mehr als Hausgemeinschaft verstanden, in der der Pflegebedürftige, dessen Lebensradius auf das Bett zusammengeschrumpft ist, mit seinen umfassenden Bedürfnissen die Chance hatte, aufgehoben zu sein. Es liegt in der Logik des jetzigen Dienstleistungsunternehmens, die Pflege in einzelne Pflegeschritte zu modularisieren, zeitlich genau zu bemessen und finanziell zu bewerten. Das Fazit: Nicht nur der Status des Hauses und des Pflegebedürftigen, auch das Verständnis der Pflege selbst hat sich verändert. Gemeinschaft löst sich auf.

Die schlechteste von allen Begründungen, meine Damen und Herren, die man für die Einführung der Studiengebühren hören konnte, lautete, dadurch würden die Studierenden in den Rang von Kunden gehoben. Die Universität als Produktionsort von Dienstleistungen, wobei das Angebot auf die Nachfrage abgestimmt wird, das kann man so denken, aber nur um den Preis, dass man Bildung völlig neu bestimmt und den Bildungsprozess simplifiziert, und nur um den Preis, dass die Universität den Charakter einer Körperschaft, der Lehrende und Studierende angehören, verliert.

Lassen Sie mich zum Ausgangspunkt zurückgehen: keine falschen Anreize.

Die Organisationsform des Unternehmens und ihr Aufgabe, nämlich die Befriedigung des Fremdbedarfs, haben in der Wirtschaft ihre unverzichtbare Bedeutung. Wir dürfen sie aber nicht der Gemeinschaftstätigkeit überstülpen. Das führte zur Distanz, nicht zur Identifikation mit der Gemeinschaft, zur selbstgenügsamen Nutzenmaximierung und nicht zur Solidarität.

Aber ist der Verweis zur Solidarität überhaupt aktuell? Der Philosoph Josef Pieper hat einmal sinngemäß gesagt: Aktuell sei nicht nur das, wonach die Menschen einer bestimmten Zeit verlangten, sondern auch das, was die Menschen einer bestimmten Zeit bräuchten.

Ist aber nicht das, was uns Not tut, mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung?

Wir leben in einer Zeit der „Ruck-Reden“. Ein Ruck müsse durch Deutschland und jeden Einzelnen gehen, um selbst anzupacken und nicht darauf zu schauen, was man von anderen und vom Staat erwarten könnte. Freiheit wagen, das war das Leitmotiv in der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin. Freiheit und Selbstverantwortung sollen Vorrang haben. Vorrang wovon? Vor der gesellschaftlichen Solidarität?

Vielleicht sollte man überlegen, von wessen Freiheit wir sprechen. Meinen wir die Freiheit der Studentin, deren Eltern nicht annähernd in der Lage sind, ihr das Studium zu finanzieren, und die deswegen drei Tage in der Woche arbeitet? Oder meinen wir die Freiheit des Studenten, dessen Eltern ihm die volle Konzentration auf das Studium, frei von anderen Sorgen, ermöglichen? Reden wir von der Freiheit des 16-Jährigen, der auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz zum zehnten Mal gescheitert ist? Oder meinen wir die Freiheit des selbstbewussten, begabten jungen Mannes, der die Auswahl zwischen vielen Offerten hat? Beide verfügen formal über das gleiche Grundrecht der freien Berufswahl. Nur, der erstere kann davon keinen Gebrauch machen. Oder meinen wir die Freiheit des um seinen Arbeitsplatz bangenden 50-jährigen Facharbeiters, der in einem Unternehmen arbeitet, das gerade von einem Investor gekauft wurde, ohne irgendein unternehmerisches Interesse, sondern nur mit dem Verwertungsinteresse, das Unternehmen in seine Teile zu zerlegen, zu verschlanken und weiter zu verkaufen? Oder was ist mit den Freiheitsgraden der jungen Akademikerin, deren Mann nur über eine befristete Aushilfsstelle verfügt, wenn beide zur Familiengründung entschlossen sind und Kinder haben möchten? Niemand spricht ihnen das Freiheitsrecht familialer Selbstbestimmung ab. Aber ihre reale Freiheit ist gering.

Meine Damen und Herren, das sind keine isolierten Extrembeispiele. Sie zeigen, dass es der gesellschaftlichen Solidarität bedarf, damit Menschen Handlungsspielräume gewinnen und von der damit gewonnenen Freiheit verantwortlich Gebrauch machen können. Wenn man sich diesen Zusammenhang klar gemacht hat, ist es nicht mehr verständlich, dass man die Solidarität zur Antipodin von Freiheit und Eigenverantwortung erklären konnte. Solidarität - ob spontan und freiwillig oder institutionalisiert - steht *nicht* gegen Freiheit, sondern eröffnet denjenigen, denen sie gilt, vorher verschlossene Freiheits- und Entfaltungsräume.

Mehr Freiheit wagen - ja, wenn wir sie mit der Anstrengung zur Solidarität verbinden, ist ein sehr gutes Motto für das Jahr 2006, für das ich Ihnen noch einmal das Beste wünsche.